

SPD demokratischer pressediens

F/XXXI/102

31. Mai 1976

Brückenschlag zu Lateinamerika

Dialog der Solidarität zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD

Seite 1 und 1a / 50 Zeilen

Konservativer Generalangriff auf den Sozialstaat

Eine Antwort auf die Privatisierungskampagne der CDU/CSU

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB
Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 2 bis 4 / 93 Zeilen

Soziale Freiheit statt CDU/CSU

Zur eindeutigen Koalitionsaussage der Freien Demokraten

Seite 5 / 32 Zeilen

Mit Kohl wirtschaftlich bergauf?

Der CDU-Vorsitzende will sich Helmut Schmidts Federn an den Hut stecken

Seite 6 / 27 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressesaal 1, Zimmer 217-224
Telefon: 02 60 37-38
Telex: 08 00 646-48 ppbd

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Brückenschlag zu Lateinamerika

Dialog der Solidarität zwischen Industrie- und Entwicklungsländern

Von Prof. Dr. Horst Ehmke MdB
Mitglied des Vorstandes der SPD

Der von Willy Brandt auf dem Mannheimer Parteitag engeregte Dialog der Solidarität der europäischen Parteien des demokratischen Sozialismus mit verwandten oder nahe stehenden Parteien anderer Kontinente hat begonnen. Vom 23. - 26. Mai trafen sich auf Einladung des venezolanischen Staatspräsidenten Perez und der Accion Democratica dreizehn Parteien des demokratischen Sozialismus in Europa und fünfzehn progressive Parteien Amerikas in Caracas. Die meisten der Teilnehmer folgten anschließend für zwei Tage einer Einladung des mexikanischen Staatspräsidenten Echeverria und der Partido Revolutionar Institucional nach Mexiko-City.

Es war kein Zufall, daß die erste Begegnung im Rahmen des Dialoge der Solidarität in und mit Lateinamerika stattfand. Denn die Idee des Dialogs selbst geht auf Gespräche zurück, die Willy Brandt im Frühjahr 1975 in Mexiko und Venezuela geführt hat. Es war das erste Mal, daß sich die progressiven Kräfte Europas und Lateinamerikas an einem Tisch zusammensetzten. Hauptthema war die Frage gemeinsamer Grundvorstellungen und einer engeren Zusammenarbeit der beteiligten Parteien unter voller Berücksichtigung der von Kontinent zu Kontinent, von Land zu Land und von Partei zu Partei bestehenden Unterschiede. In der abschließenden Erklärung bekannten sich die Teilnehmer zu den Grundwerten der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität, zur Ablehnung rechter wie linker Diktaturen, zur Verurteilung eines jeglichen Interventionismus und zum gemeinsamen Bemühen um eine gerechtere Weltwirtschaftsordnung.

Das Treffen und die Erklärung von Caracas und der anschließende Besuch in Mexiko-City haben der Verstärkung der Beziehungen zwischen Europa und Lateinamerika und der Stärkung jener politischen Kräfte in Lateinamerika gedient, die in Unabhängigkeit von Hegemonialmächten ihren

eigenen Weg zwischen einem ausbeuterischen, menschenfeindlichen Kapitalismus auf der einen und einem totalitären, verknöcherten Kommunismus auf der anderen Seite suchen. Der in Caracas begonnene Dialog der Solidarität soll bald auch auf verwandte und nahestehende politische Kräfte in Nordamerika, in der arabischen Welt, in Afrika und in Asien ausgedehnt werden. An eine institutionelle Verfestigung oder gar an die Gründung einer neuen internationalen Organisation ist dabei nicht gedacht.

Das Thema einer neuen Weltwirtschaftsordnung stand in Caracas - zumal in einem Dialog der Solidarität - von selbst mit auf der Tagesordnung. Die Bedeutung dieses Themas wurde durch die in Caracas eintreffenden Nachrichten aus Nairobi drastisch unterstrichen. Das Gespräch zwischen den europäischen und den lateinamerikanischen Parteien war auch in diesem Punkt ebenso freundschaftlich wie offen. Die demokratischen Sozialisten Europas haben sich gegenüber der von den lateinamerikanischen Freunden vorgebrachten Kritik dazu bekannt, daß die Neuordnung der Weltwirtschaft im Geiste der "Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten" erfolgen muß.

Sie haben aber auch klargestellt, daß manche der bisherigen Vorschläge der Entwicklungsländer ihrer Meinung nach nicht geeignet sind, die Ziele der Charta zu erreichen. Und sie haben betont, daß mehr wirtschaftliche Gerechtigkeit zwischen den Staaten begleitet sein muß von mehr sozialer Gerechtigkeit innerhalb der Staaten. So hat das Treffen von Caracas deutlich gemacht, daß der Dialog der Solidarität zwar Regierungsverhandlungen weder ersetzten kann noch ersetzten soll, daß er aber in ihrem Vorfeld einen wesentlichen Beitrag zum besseren Verhältnis von Industrieländern und Entwicklungsländern zu leisten vermag.

(-/31.5.1976/mie/pr)

+ + +

Konservativer Generalangriff auf den Sozialstaat

Eine Antwort auf die Privatisierungskampagne der CDU/CSU

Von Dr. Rudolf Schöfberger MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Für Konservative sind die Grenzen des Sozialstaates immer erreicht. Das ist nicht neu. Doch neuerdings wollen sie sich mit der bloßen Abwehr des sozialen Fortschritts nicht mehr zufrieden geben. Unter dem Schlachtruf "Entstaatlichung" läuft seit Monaten ein konservativer Feldzug gegen den Sozialstaat und seine öffentlich-rechtlichen Einrichtungen. Dieser Feldzug nimmt nicht selten poujadistisch-klistrupsche Züge an.

Unter dem Vorwand, die Staatsausgaben dämpfen und die Bürokratisierung des Gemeinwesens bekämpfen zu wollen, soll das Rad der Sozialgeschichte zurückgedreht werden. Die eigentlichen Motive für diese Kampagne liegen klar auf der Hand: Die Konservativen wollen die gegen die "öffentliche Hand" und die Beamtenschaft verbreiteten Vorurteile wahltaktisch ausschlichten, den Korridor öffentlicher Staatsausgaben zugunsten des Einkommens privater Unternehmerhaushalte schmälern, den Einfluß sozialdemokratischer Regierungen und Gemeindeparlamente auf die soziale Daseinsvorsorge zurückdrängen und dafür ihrer eigenen Klientel neue Betätigungsfelder, Absatzmärkte und Gewinnchancen eröffnen. Schon finden sich Rechtsgelehrte, die den Katalog "entstaatlichungsfähiger Materien" aufstellen. (Tiemann, Privatisierung öffentlicher Verwaltungstätigkeit in BayVBl. 1976, S. 262). Wer diesen Katalog kennt, weiß, wofür es den Konservativen geht!

Privatisierungsfähig sollen sein:

- Verkehrswesen (z.B. Stückgutverkehr und Omnibusverkehr der Bundesbahn, öffentlicher Nahverkehr);
- Post-, Fernmelde- und Kommunikationswesen (z.B. Telefonssektor, Paketversand der Bundespost, Rundfunk, Fernsehen);
- Einrichtungen zur Sicherung der Ernährung (Lebensmittel- und Schlachtviehmärkte, Schlacht- und Viehhöfe, Markthallen, Fleischbeschau-einrichtungen)

gen, Kühlhallen usw.);

- Versorgungsbetriebe (z.B. Energieversorgung, Gas-, Wasserversorgung);
- Entsorgungsbetriebe (Kanalisation, Müll- und Fäkalienabfuhr, Straßenreinigung);
- Einrichtungen der Volksgesundheit (Krankenhäuser, Bäder);
- soziale Einrichtungen (Altenheime, Waisenhäuser, Kindergärten, Sportanlagen);
- Bildungs- und Erziehungswesen (Universität, Schulen, Berufs- und Erwachsenenbildung);
- kulturelle Einrichtungen (Bibliotheken, Museen, Theater, Konzerteinrichtungen, Tiergärten, Stadthallen);
- Ordnungseinrichtungen (wie z.B. Planungsämter, Friedhofsämter, Technische Überwachungsämter, Landwirtschaftsberatung, Veterinärdienste, Landesgewerbeämter, Eichämter);
- Beschaffungs-, Produktions- und Nebenbetriebe (z.B. Polizeibeschaffungsstellen, Gärtnereien, Druckereien, Bauhöfe, wirtschaftliche Nebenbetriebe der Krankenhäuser wie Wäschereien und Küchen).

Schon gibt es Überlegungen, mit welchen Methoden die bisher staatlichen Aufgaben auf private Unternehmer "abgebürdet" werden sollen: Zunächst soll ein "staatlich-privates Kondominium" angestrebt werden. Das heißt, unter staatlicher Hoheit soll ein durch Ausschreibung ermittelter privater Unternehmer zu arbeiten beginnen. Wenn ein "natürliches Eigeninteresse" der privaten Unternehmer an der Übernahme bisher öffentlicher Aufgaben nicht vorausgesetzt werden kann - also wenn die private Tätigkeit nicht gewinnverheißend ist - sollen staatliche Finanzhilfen für "Initialzündungen sorgen, um multiplikative private Aktivitäten freizusetzen". Auch später müsse der Staat "die Garantie für eine bestimmte Rendite übernehmen". Während das "staatsentlastende Privathandeln" zunächst noch unter staatlichen Leistungs- und Preisgarantien stehen soll, könne sich der Staat "später auf eine Beobachterrolle mit Korrekturfunktion zurückziehen". Bestenfalls soll der Staat durch befristete Konzessionsvergabe und -neuvergabe auf die Daseinsvorsorge durch Private Einfluß nehmen.

Solche Überlegungen zwingen den Staat in die Rolle des Nachtwächters, dem allerdings im Gegensatz zum Staat des 19. Jahrhunderts die gesetzliche

Zahlvaterschaft für seine privaten Unternehmerkinder aufgebürdet würde. Soziale Kosten und versorgungsbedingte Verluste blieben sozialisiert. Nur die Gewinne würden privatisiert. Dies müßte die ohnehin schon skandalöse Vermögensverteilung in unserer Gesellschaft auf die Dauer noch mehr verzerrern.

Man muß davon ausgehen, daß private Unternehmer nur für rentierliche Objekte Interesse zeigen. Will man struktur- und sozialpolitisch unerträgliche Unterversorgungen oder gar partielle, regionale oder sektorale Versorgungsausfälle nicht in Kauf nehmen, gäbe es nur drei Möglichkeiten:

- die öffentliche Hand betreibt die unrentierlichen Betriebe selbst weiter ohne aber mit Einnahmen aus rentierlichen Objekten die Defizite ausgleichen zu können;

- die öffentliche Hand macht mit Finanzhilfen und Renditegarantien ursprünglich unrentierliche Objekte für Privatunternehmer begehrenswert;

- der Staat überantwortet die öffentliche Daseinsvorsorge völlig der freien Marktpreisbildung, mit der Folge, daß die Bürger beispielsweise für die Müllabfuhr, für den Theaterbesuch, für den Paketversand, für die tägliche Fahrt zur Arbeitsstelle sehr viel tiefer in die Tasche greifen müßten als bisher.

Alle Wege würden mittelbar über eine Schwächung der öffentlichen Haushalte oder unmittelbar über eine hohe Preisbelastung der Bürger zu einer sozialen Demontage ohnegleichen führen. Vor allem könnten die für einkommensschwächere Bürger wirkenden Sozialtarife nicht mehr gewährleistet werden. Schließlich würde die öffentliche Daseinsvorsorge aus den haushaltarechtlichen, beamtenrechtlichen und staatshaftungsrechtlichen Bindungen herausgeschnitten, was den Bürgern bisherige Rechtsgarantien beschneiden und neue Risiken auferlegen würde. Insgesamt wäre die Privatisierung der öffentlichen Dienste mit all ihren Folgen ein schwerwiegender Eingriff in sozialstaatliche Strukturen und Garantien.

Es ist zu befürchten, daß Idee und Praxis unseres Sozialstaates einen solchen Eingriff nicht überdauern würden. Eine Desintegration des sozialen Rechtsstaates wäre die verheerende Folge. Es ist daher das Gebot der Stunde, den konservativen Generalangriff auf unseren Sozialstaat mit aller Entschiedenheit abzuwehren. Dies kann umso wirksamer geschehen, je rationeller und wirtschaftlicher der öffentliche Dienst gestaltet wird. Gegen die Privatisierungskampagnen hilft deshalb auch eine rasche und wirksame Reform des öffentlichen Dienstes.
(-/ 31.5.1976/ve/pr)

+ + +

Soziale Freiheit statt CDU/CSU

Zur eindeutigen Koalitionseussage der Freien Demokraten

Mancher Beobachter, vor allem, wenn den Konservativen zuneigend, wurde doch ziemlich überrascht, wie geschlossen und entschieden die Freien Demokraten am Sonntag in Freiburg für die Fortsetzung der Koalition mit den Sozialdemokraten nach der Bundestagswahl am 3. Oktober votierten. Dabei konnte an der Haltung der FDP nur der Zweifel hegen, der selbst Opfer der Verunsicherungs-Kampagne der Unionsparteien geworden war und wohl auch nicht viel mit liberalen Prinzipien anzufangen weiß.

Tatsächlich ist die Prägnanz der freidemokratischen Koalitionseussage zugunsten der Sozialdemokraten (eine Gegenstimme und eine Enthaltung bei 400 Delegierten) nur konsequent, denn das eindeutige Bekenntnis beruht auf einer eindeutigen Erfolgshilanz. Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der Vorsitzende der FDP, die nicht eben unerfahren in der Praxis von Koalitionen ist, konnte dem Wahlkongreß bezeugen, die Partei habe in den letzten Jahren zusammen mit der SPD mehr liberale Politik realisieren können als in jedem Regierungsbündnis zuvor. Er stellte fest, daß es die sozial-liberale Politik war, "die unserem Land inmitten eines schwer mit politischen und wirtschaftlichen Problemen ringenden Europas eine freiheitliche Ordnung, politische und wirtschaftliche Stabilität, sozialen Fortschritt und sozialen Frieden gesichert hat".

Einen solchen Kurs aufzugeben wäre wider alle Vernunft. Welche Alternative gäbe es auch zu ihm? Die CDU dokumentierte auf ihrem jüngsten Wahlparteitag selbst ihre Konzeptionslosigkeit und völlige Abhängigkeit von den aggressiven reaktionären Kräften. Wer könnte auf die empörend dumsichtige Pseudoalternative "Freiheit oder/statt Sozialismus" der C-Parteien hereinfallen? Genscher formulierte es treffend: "Sie schwenken nicht das Banner der Freiheit, der Liberalität, der Toleranz; nein, sie wedeln nur, aber eben nicht mit der Fahne der Freiheit, sondern mit dem schwarzen Wimpel der konservativen Gegenreformation".

Als "Alternative" zum sozial-liberalen Kurs böte sich in der Tat nur konservativ-reaktionäres Zurückrollen in allen Bereichen der Politik an. Das Risiko wäre unkalkulierbar. Die Frage, über die nun der Wähler am 3. Oktober zu entscheiden hat, lautet: Soziale Freiheit oder CDU/CSU!

Claus Freller
(-/31.5.1976/mie/pr)

+ + +

Mit Kohl wirtschaftlich bergauf?

Der CDU-Vorsitzende will sich Helmut Schmidts Federn an den Hut stecken

An die Stelle der wirtschaftspolitischen Schwarzmalerei soll jetzt offensichtlich die wirtschaftspolitische Hochstapelei treten, denn so verkündet es ein Flugblatt der CDU-Bundesgeschäftsstelle, das jetzt in die Häuser getragen wird, laudatur, landab: "Mit Helmut Kohl. Wirtschaftlich bergauf = sozial bergauf."

Tatsächlich: Wirtschaftlich geht es bergauf und an die Realisierung jener sozialen Demontagepläne, die in der CDU/CSU-Fraktion erarbeitet wurden, denkt außerhalb der Union niemand. Aber was hat der unübersehbare wirtschaftliche Aufschwung mit dem CDU-Vorsitzenden Dr. Helmut Kohl zu tun? Zur Überwindung der Weltrezession hat er nichts, aber auch gar nichts beigetragen, außer Besserwisserei hat er, wie ein Blick in die Archive zeigt, nichts von sich gegeben.

Und wer gar in Rheinland-Pfalz nachsieht, was dort der Ministerpräsident und Unions-Kanzlerkandidat an Überdurchschnittlichem geleistet hat, wird höchstens dieses feststellen: Die Arbeitslosigkeit liegt über dem Bundesdurchschnitt, die Jugendarbeitslosigkeit erreichte Rekordmarken, der Abbau sozialer Leistungen, etwa im Bereich des öffentlichen Dienstes oder bei der Einschränkung der Schülerfahrtkosten, ließ jegliches soziale Denken vermissen, die Staatsverschuldung hat alles bisher Dagewesene überschritten, Kohl und die meisten seiner Minister kommen über die Kritikaerei an der Bundesregierung kaum noch zur Erledigung der Mainzer "Hausaufgaben".

Wer das jüngste Kohl-Flugblatt liest, kommt ganz zwangsläufig zu dem Schluß: Wer so angibt, muß es sehr nötig haben, denn mit der Wirklichkeit hat dieses Papier nichts zu tun: Die wirtschaftliche Aufstiegtendenz ist mit Bundeskanzler Helmut Schmidt und Bundeswirtschaftsminister Dr. Friedrichs gegen den Widerstand und die Schwarzmalerei der CDU und ihres Vorsitzenden zustande gekommen.

(hb/31.5.1976/ve/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller